

EU-Europa versus EU-Ost: strategische Nachbarschaft

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2004). EU-Europa versus EU-Ost: strategische Nachbarschaft. *GUS-Barometer*, 10(36), 1-6. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130877>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

GUS- Barometer

Herausgegeben von der Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS
zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

September 2004 | Nr. 36 | 10. Jahr

Strategische Nachbarschaft

EU-Europa versus EU-Ost

Russland und die EU sind die stärksten Akteure auf dem europäischen Kontinent des 21. Jahrhunderts. Wird die strategische Partnerschaft EU – Russland ganz Europa zu einem »gemeinsamen Haus« vereinen helfen oder wird der Kontinent zweigeteilt? Die Ankopplung Russlands an das übrige Europa soll zunächst über die Energieallianz gelingen.

In den 15 Jahren nach dem Fall der Mauer hat sich der europäische Kontinent grundlegend verändert. West- und Mitteleuropa bilden nun ein gemeinsames EU-Europa, welches seine Wertvorstellungen und Einfluss auf seine direkte Nachbarschaft – Osteuropa, Eurasien, Maghreb, Naher und Mittlerer Osten – ausbreiten möchte. Russland, die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken bilden aus Sicht der EU das »erweiterte Europa« (Wider Europe). Ob sich das Verhältnis zwischen der EU und dem »erweiterten Europa« weiter konstruktiv oder konfrontativ gestalten wird, vermag heute niemand zu sagen. Desinteresse von Seiten der EU am Ostteil Europas, wo die Transformationsprozesse erheblich langsamer als in Mitteleuropa vor sich gehen, sowie eine wachsende Desillusionierung der Russen und Ukrainer im Hinblick auf die EU haben den Einigungsprozess verlangsamt.

Der folgende Artikel gründet sich auf Aussagen der Teilnehmer der trilateralen deutsch-französisch-russischen Konferenz, die mit Unterstützung der Planungsstäbe der Außenministerien der drei Länder Ende Juni 2004 in der DGAP durchgeführt wurde. Des Weiteren wird der Inhalt des Dialogs hochkarätiger russischer



Deutsche, französische, russische Wissenschaftler im Strategiegelgespräch mit den Planungsstabschefs der Außenministerien dieser Länder in der DGAP.

und westlicher Politiker beim traditionellen EU-Russland-Forum der DGAP im Frühjahr in Berlin wiedergegeben. Konzepte, wie die vom Westen enttäuschte Ukraine in die EU-Nachbarschaftsstrategie eingebunden werden kann, sollen auf dem bevorstehenden Bergerdorfer Gesprächskreis in Lwiw (Ukraine) diskutiert werden.

Die Vier Gemeinsamen Räume

Die EU steht vor dem Problem, wie sie sich gegenüber dem neuen, unter Wladimir Putin wirtschaftlich erstarkten, aber autoritär regierten Russland positionieren soll. Im Westen gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen. Eine gemeinsame Strategie gegenüber Russland zu begründen, wird nach der EU-Erweiterung

Impressum

Herausgeber: Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS. Eine gemeinsame Einrichtung der Körper-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Redaktion: Alexander Rahr | **Anschrift:** Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Telefon 030 · 254231-54, Fax 030 · 254231-68, E-Mail gus@dgap.org, Internet www.dgap.org und www.koerber-stiftung.de

auf die vormals kommunistischen mittelosteuropäischen Staaten schwieriger werden. Gerade in diesen Ländern gibt es starke antirussische Ressentiments.

Es gibt in Europa nicht wenige Stimmen, die zu einer Politik der Eindämmung gegenüber einem undemokratischen und für Europa wesensfremden Russland raten. Andere – und dazu gehören Bundeskanzler Gerhard Schröder, der französische Präsident Jacques Chirac und der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi – befürworten hingegen eine konkrete strategische Partnerschaft mit Russland, die langfristig den Osten des europäischen Kontinents stabilisieren, die eigene Energiesicherheit erhöhen und die Prosperität Europas durch eine Verbindung zum lukrativen russischen Markt steigern könnte.

Um Moskaus Wunsch nach einer Partizipation am Aufbau des künftigen Europas zu entsprechen, ohne Russland gleich den Weg in die EU und NATO zu öffnen, haben die EU und Russland das Modell der »Vier Gemeinsamen Räume« (Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik, innere Sicherheit, Kultur, Information, Bildung) konzipiert. Entlang dieser Konstruktion könnte theoretisch der Weg einer strategischen Nachbarschaft bis hin zur Bildung eines »Gemeinsamen Europäischen Hauses« beschritten werden. Die Länder »dazwischen«, wie beispielsweise die Ukraine, könnten in diese Initiative eingebunden werden, sofern sie dies wünschen.

Kernstück des »gemeinsamen Wirtschaftsraums« soll die Energieallianz werden. Nach einheitlicher Expertenmeinung wird die Nachfrage nach Öl und Gas auf dem Weltmarkt zunehmen. Russland, so wurde auf einer vor kurzem in Washington stattgefundenen Energiekonferenz festgestellt, wird spätestens 2015 als weltgrößter Energielieferant neben Saudi-Arabien die Weltmarktpreise unmittelbar bestimmen. Dann könnte die EU eines Tages mit Asien und den USA um die Partnerschaft mit Russland konkurrieren. In EU-Kreisen beginnt man zu verstehen, dass Russland sich bald zu einem unersetzlichen strategischen Partner in Fragen der Energiesicherheit positionieren könnte. Die heute noch bestehenden Abhängigkeiten Russlands vom Westen (Auslandsschulden) würden umgekehrt werden.

Nach heutigen Schätzungen werden die russischen Fördermengen, wenn sie nicht drastisch gesteigert werden, nicht ausreichen, um gleichzeitig Asien und

Europa mit den notwendigen Mengen von Öl und Gas zu beliefern. Deshalb wird es von strategischer Bedeutung sein, wer vom Ausland her den erforderlichen Technologie- und Kapitaltransfer nach Russland leistet, um den russischen Energiesektor zu modernisieren. Diese Konzerne hätten dann die besseren Karten für die Zukunft. Die benötigte Investitionssumme für die nächsten zehn Jahre beläuft sich Schätzungen zufolge auf 85 Milliarden Euro. Russland kann sie allein nicht aufbringen.

Als vor 130 Jahren in Russland die industrielle Revolution begann, strömten auch europäische Industriekonzerne und Banken, ohne Risiko zu scheuen, nach Osten, gründeten in Baku die ersten Ölfirmen und begannen, Russland mit dem Westen über die wirtschaftliche Schiene zu verkoppeln. Trotz der Tatsache, dass die westlichen Industriellen durch die Oktoberrevolution und die folgende Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft große Einbußen erlitten, kehrten sie bei nächster Gelegenheit nach Russland zurück. Auch jetzt klopfen sie vehement an die noch immer nicht vollständig geöffneten Türen des russischen Marktes.

Russland benötigt die EU vordergründig als Modernisierungspartner. Putin lockt die Europäer mit einer viel versprechenden Energieallianz und setzt geschickt auf die europäische Wirtschaft als Hauptstütze seiner Außenpolitik. Die Wirtschaft applaudiert Putins Modernisierungskurs im Innern. Sein entschiedener Kampf gegen regionalen Separatismus, Korruption, die Verringerung der russischen Auslandsschulden, der neue Steuerkodex, transparentere Privatisierungsmethoden, der Abbau staatlicher Subventionen, schließlich der Beginn der Bankreform waren konkrete Erfolge einer Politik, auf die man unter Boris Jelzin vergeblich gehofft hatte.

Putin möchte die russische Wirtschaft entlang von vier wichtigen Säulen aufrichten: Energie, Rüstung, Transport, Banken. Die Schlüsselunternehmen in diesen drei Bereichen sollen einer Kontrolle des Staates unterstellt werden. Die Personalentscheidungen und die Strukturveränderungen in diesen drei Wirtschaftszweigen sprechen eine eindeutige Sprache.

Putin hat den Energiesektor, der 40 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen, 55 Prozent der Exportgewinne und 20 Prozent der russischen Wirtschaft ausmacht, zum wichtigsten Bestandteil nationaler

staatlicher Interessen proklamiert. Der Staat wird es nicht zulassen, dass dieser Sektor, von dem der Wiederaufstieg Russlands zur Großmacht abhängt, von Partikularinteressen profitsüchtiger Oligarchen beherrscht oder unter die Kontrolle von ausländischen transnationalen Unternehmen gerät. Die in den neunziger Jahren privatisierten Ölkonzerne sollen nicht verstaatlicht werden, müssen sich aber in das neue Regelwerk des Kremls einfügen, ansonsten droht ihnen das Schicksal von »Jukos«, an dem gerade ein Exempel statuiert wird. Der Konzern »Jukos« hatte, anders als die anderen russischen Ölmultis, seine Exportgewinne nicht mit dem Kreml geteilt und darüber hinaus Strategien entwickelt, die den Interessen des Kremls zuwiderliefen.

Können ausländische Firmen unter solchen Voraussetzungen, wo offensichtlich ungeschriebene Gesetze existieren, auf dem russischen Energiemarkt überhaupt erfolgreich tätig werden? Putin hat gerade deutschen, französischen und britischen Investoren neue Offerten gemacht. Ausländische Firmen werden im Energiebereich als Partner benötigt, können aber selbst nicht Eigentümer russischer Energiekonzerne werden.

Deutschland ist für Putin das Schlüsselland für die Verwirklichung seines Konzepts der Energieallianz. Mit Hilfe deutscher Firmen und politischer Unterstützung des Bundeskanzlers soll demnächst ein deutsch-russisch-ukrainisches Gaskonsortium entstehen; neue Riesenpipelines durch die Ostsee sollen den Gasexport aus Russland über Deutschland in die EU steigern.

Wie sieht es mit einer militärischen Zusammenarbeit und einer Kooperation in Außen- und sicherheitspolitischen Fragen, also im zweiten »gemeinsamen Raum«, aus? Während der Irak-Krise im Frühjahr 2003 bildete Russland, zusammen mit Deutschland und Frankreich, eine Opposition zum amerikanisch-britischen Krieg in Irak. Damit profilierte sich Russland als Subjekt europäischer Politik bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung. Im so genannten Quartett für die Lösung des Nahost-Problems schwenkte Russland auf die außenpolitische Linie der EU ein. Während Deutschland und Frankreich heute mit dem Eurokorps den Frieden in Afghanistan sichern, gibt es Hinweise darauf, dass Russland ein Militärkontingent für Friedensoperationen nach Irak entsenden könnte. Russland hat sein Territorium für NATO-Transporte

nach Afghanistan zur Verfügung gestellt. Ein künftiges Zusammenwirken im Rahmen sowohl der NATO als auch der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erscheint realistisch. Zum ersten Mal in 100 Jahren gibt es zwischen Europa und Russland keine erkennbaren Gegensätze in Bezug auf die Architektur der künftigen Weltordnung.

Enge Kooperation ist im »gemeinsamen Raum für innere Sicherheit« zu verzeichnen. Im Kreml ist für diesen Bereich einer der einflussreichsten Politiker, FSB-General Wiktor Iwanow, abgestellt worden. Falls auf diesem Gebiet wesentliche Fortschritte erzielt werden, könnte sich Putins Wunsch nach einer Abschaffung des Visumsregimes zwischen der EU und Russland realisieren lassen. Unterschiedliche Auffassungen gibt es zwischen der EU und Russland hinsichtlich der Frage der russischen Minderheiten in den Baltischen Ländern und Tschetschenien. Russland fordert von der EU eine strikte Einhaltung des Minderheitenschutzes für ethnische Russen; der Sonderbevollmächtigte für EU-Fragen, Sergej Jastrschembkij, beschwerte sich auf einer Expertenveranstaltung der Körber-Stiftung Anfang Juli in Berlin darüber, dass Russen in Lettland und Estland noch immer den Status von Nicht-Staatsbürgern hätten, der mit EU-Normen nicht vereinbar wäre. Von europäischer Seite werden Russland weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien vorgehalten.

Die konstruktiven Beziehungen zwischen der EU und Russland sind in letzter Zeit getrübt worden. Im post-sowjetischen Raum bahnen sich ernsthafte Konflikte zwischen Russland auf der einen und der EU und Amerika auf der anderen Seite an. Misstrauisch beobachtet Moskau die neue Nachbarschaftsstrategie der EU Richtung Osten, in der in Bezug auf Länder wie Ukraine, Belarus, Moldawien, Georgien von einem neuen »nahen Ausland« der EU gesprochen wird. Bislang betrachtete Moskau diese Länder als sein exklusives »nahes Ausland«.

Russland und EU sind offensichtlich nicht bereit, die westlichen GUS-Länder als einen »gemeinsamen Nachbarschaftsraum« zu begreifen. Friedensoperationen der EU auf dem Balkan mit möglicher Ausweitung auf Moldawien (Transnistrien) und den Kaukasus (Abchasien, Süd-Ossetien, Berg-Karabach) werden in Moskau verworfen. Die EU kritisiert, dass russische Friedensmissionen auf postsowjetischem Territorium

ausschließlich dem Einflussverlust Russlands dienen. Für künftige Planungen beansprucht jede Seite jeweils die Führung solcher Friedensmissionen.

Die Zukunft und die Folgen des historischen Prozesses der EU- und NATO-Osterweiterung sind also schwer abschätzbar. Beginn am 1. Mai 2004 die Ära eines geeinten Großeuropas oder provoziert die Ausdehnung des Westens in den Osten Europas hinein eine neue Spaltung des europäischen Kontinents? Werden die russischen Eliten, wenn sie ihre traditionellen Großmachtträume ablegen werden, eine Wiedervereinigung mit dem historischen Europa suchen, wie es die Polen und andere Mitteleuropäer getan haben? Dann könnte in der Tat der vierte »gemeinsame Raum für Kultur, Bildung, Information« ein festes Fundament bekommen. Oder wird Russland auf post-sowjetischem Territorium ein antiwestliches Bündnis schmieden wollen und die EU zur Distanzierung provozieren?

Liebäugeln mit einer EU-Ost

Russland möchte vor allem ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der künftigen Architektur Europas erhalten, das seiner Größe und Bedeutung entspricht. Eine EU-Dominanz über den Kontinent lehnt Russland ab. Gleichzeitig wehrt sich Russland gegen westliche Einmischung im postsowjetischen Raum, den Moskau

weiterhin als Region eigener nationaler Interessen betrachtet. Russland würde mit der EU gern einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden, bis hin zur Verschmelzung des rohstoffreichen Raums Sibiriens mit dem technologisch hochentwickelten Potential Europas (Putin-Rede im Bundestag 2001). Keinesfalls möchte Russland jedoch Abstriche an seiner staatlichen Souveränität sehen; die Wiederaufrichtung Russlands zur Großmacht bleibt oberste Priorität russischer Politik.

Westliche Kritik an seinem nicht-liberalen Wertesystem lehnt Russland auch heute kategorisch ab. In der Elite und Gesellschaft hat sich ein Konsens herausgebildet, dass Liberalismus und Demokratie hinten anzustellen sind, bis Russland sich innerlich und äußerlich wieder gefestigt hätte (Richard Pipes). Für Putin gibt es keinen Grund, diesen »Gesellschaftsvertrag« zu kippen. Russland offeriert der EU eine Interessen- statt Wertegemeinschaft, Wirtschaftspragmatismus statt Zivildialog, eine Modernisierungs- statt Demokratiepartnerschaft.

Das zeigt, dass Russland und die EU unterschiedliche Vorstellungen vom künftigen Europa besitzen. Für die Westeuropäer ist das moderne Europa vor allem ein »System universaler Werte.« Für Russland war und bleibt Europa ein geographischer Begriff. Diese verschiedenen Perzeptionen von Europa sind nicht neu, der Streit ist mindestens 150 Jahre alt. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts erachteten Preußen, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Spanien das riesige Russische Reich im Osten des Kontinents als etwas Fremdes und Bedrohliches. Die westliche Presse berichtete, wie heute, äußerst kritisch über Russland.

Russland hatte damals wie heute ein ambivalentes Bild vom Westen. Einerseits wollte das Land vom technologisch weiterentwickelten Westen lernen, westlichen Wissenschaftlern nacheifern, westlichen Lebensstil genießen, andererseits sahen sich die Russen gegenüber den Europäern als geistig überlegen (Idee vom »Dritten Rom«) und lehnten die vom Westen proklamierten »universalen Werte« für ihre Gesellschaft als Fremdkultur ab (siehe N. Ja. Danilewskij, »Russland und Europa«, Sankt Petersburg 1871). Was das heutige Europa-Verständnis der Russen angeht, so sollte niemand sich der Illusion hingeben, dass dort eine Generation weltoffener, den westlichen Werten verpflichteter russischer Führungspersönlichkeiten



General Jurij Baluewskij, russischer Generalstabschef, spricht auf dem EU-Russland-Forum über eine Kooperation Russland-ESVP.

heranwächst. Mit dem großen Geld, mit dem Aufstieg russischer Unternehmer in die Hitlisten der Reichsten dieser Welt gewinnt ein russisch-isolationistisches Weltbild an Einfluss. Russische Werte werden zunehmend als etwas Eigenständiges und nicht kompatibel mit den Traditionen der westlichen Welt aufgefasst. Die Annäherung an den Westen geschieht aus russischer Sicht nur deshalb, um das Imperium zu stärken. Eine Integration ist unerwünscht (Die Welt). Die heutigen Russen wollen materiell wie im Westen leben, favorisieren aber kein westliches liberales Modell für ihr eigenes Land (Andrej Fedorow).

In vielen anderen Fragen im Verhältnis Russland – EU zeigt sich die russische Seite in letzter Zeit verschunpft. Moskau hat das neue politische Gewicht der erweiterten EU unterschätzt und reagierte völlig überrascht, als die EU anfangs, in den Verhandlungen mit Russland eine früher nicht gekannte politische Hartnäckigkeit an den Tag zu legen. Die EU führte Visa für russische Transitreisende von und nach Kaliningrad ein, erließ Exporteinschränkungen für russische Güter in die neuen mittelosteuropäischen Mitgliedsländer der EU und reagierte auf den angebotenen Energiedialog mit eigenen Forderungen an Russland, die staatlichen Energiemonopole zu dezentralisieren. Entrüstet zeigte sich die russische Seite über zwei Strategiepapiere der EU vom Februar 2004, in denen Russland für seine Abkehr von demokratischen Prinzipien scharf kritisiert wurde.

Putins Unbehagen gegenüber der EU steigt. Aus seiner Sicht hat die EU viele seiner Vorschläge zur Kooperation abgelehnt. In seiner viel beachteten Rede vor den russischen Diplomaten erwähnte er die EU als Partner mit keinem Wort, stellte aber Deutschland, Frankreich und Italien als die einzigen europäischen Länder heraus, die an einer echten Freundschaft mit seinem Land interessiert seien. Laut Putin will der Westen ein starkes Russland sogar verhindern und würde deshalb Kampagnen organisieren, die das Ziel hätten, Russlands Image zu beschädigen. Heftig kritisierte der Kremlchef »ausländische Kräfte«, die ihn daran zu hindern suchten, sich mit den ehemaligen Sowjetrepubliken wieder zu vereinigen. Der einstige Pragmatismus, der Putins Außenpolitik gekennzeichnet hatte, scheint einem emotionalen Freund-Feind-Denken gewichen zu sein.

Die zweite Amtszeit Putins verdeutlicht eine andere außenpolitische Ausrichtung. Der Fokus der Diplomatie

liegt jetzt auf der GUS. Offensichtlich glaubt Putin, dass er vom Westen nicht mehr Entgegenkommen erwarten konnte als grünes Licht zum Beitritt zur WTO und die Festigung der Mitgliedschaft in der G-8. Den erhofften Freibrief für den Wiederaufbau der verlorenen Einflussosphäre im ehemaligen sowjetischen Raum wird er nicht erhalten.

Russland hat ambitionierte Pläne, die weit über eine Modernisierungspartnerschaft mit der EU hinausgehen. Moskau will schnellstmöglich wieder eine Großmachtrolle in der Weltpolitik spielen und glaubt dies, angesichts der günstigen Ausgangslage auf dem Energieweltmarkt, verwirklichen zu können. Saudi-Arabien hat bekanntlich mehr Ölreserven als Russland, ist aber nicht die zweitgrößte Atommacht der Welt. Zur Großmachtwerdung benötigt Russland ein Bündnis mit den ehemaligen Sowjetrepubliken, die allerdings in der Vergangenheit keine Anstalten unternommen hatten, der russischen Hemisphäre wieder beizutreten. Putin wird versuchen, die Auszeit, die sich die EU in Bezug auf weitere Erweiterungspläne gegeben hat, zu nutzen, um eine eigene »EU-Ost« zu kreieren.

Da Putin eine Wiedervereinigung mit Weißrussland in seiner ersten Amtszeit nicht gelang, richtet der Kremlchef in seiner zweiten Amtszeit seine Integrationsstrategie auf die Ukraine. Die Ukraine ist immer der wichtigste Baustein im künftigen russischen Integrationsmodell gewesen. Präsident Leonid Kutschma wurde, wenige Monate vor Beendigung seiner Präsidentschaft, zum Beitritt in den Einheitlichen Wirtschaftsraum Russland – Ukraine – Kasachstan – Weißrussland und zur Absage an das Ziel einer Mitgliedschaft in der EU und NATO gedrängt. Eine strategische Pipeline, die zunächst kaspisches Öl unter Umgehung Russlands nach Westen transportieren sollte, wurde kurzerhand umgepolt und soll jetzt russisches Öl ans Mittelmeer pumpen. Die Ukraine, die sich zuvor immer für eine Diversifizierung russischer Energielieferungen ausgesprochen hatte, half mit dieser Maßnahme, das russische Transportmonopol zu festigen. Die Ukraine ist desillusioniert. Sie hatte auf eine Beitrittsperspektive zur EU und NATO gehofft. Stattdessen wurde sie mit der billigeren Variante einer vagen Nachbarschaftsstrategie abgespeist. Kutschmas dramatischer Schwenk in Richtung Moskau ist eine Art Rache an der EU und der NATO für die Vernachlässigung seines Landes.

Zwei weitere Bausteine bilden schon das Fundament dessen, was sich der Kremlchef als Integrationsmodell für die Zukunft vorstellt: eine Kernenergieallianz Russlands mit den beiden anderen wichtigsten Öl- und Gasproduzenten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, Kasachstan und Turkmenistan. Ein strategischer Zusammenschluss dieser Staaten würde in der Tat eine Art Gas-OPEC entstehen lassen, mit der die Industrieländer Europas und Asiens sich in jedem Falle gut stellen müssten.

Aus heutiger Sicht ist Putins »EU-Ost« allerdings zum Scheitern verurteilt. Noch hegen fast alle GUS-Länder, mit Ausnahme von Belarus, insgeheim die Hoffnung, in nicht allzu ferner Zukunft doch noch Mitglieder von EU und NATO werden zu können. Aber auch Weißrussland wird, so die gemäßigte Politikerin und mögliche Präsidentschaftsanwärterin Natalija Mascherowa, die weder dem Lukaschenko-Lager noch der radikalen Opposition in Minsk angehört, seine Souveränität nicht mehr zugunsten einer Rückkehr nach Russland verlieren. Die Politik des neuen georgischen Staatsoberhauptes Michail Saakaschwili ist darauf gerichtet, Georgien so schnell wie möglich aus der GUS zu lösen und in westliche Strukturen zu verankern. Auch wenn sich Länder wie die Ukraine zeitweise an Moskau orientieren, weil die Türen nach Westen für sie verschlossen bleiben: den Blick nach Brüssel werden sie niemals aufgeben.

Die EU und Russland befinden sich heute in einem Konsolidierungs- und Identifikationsprozess. Die EU wird sich voraussichtlich innerhalb des nächsten Jahrzehnts auf den Balkan ausdehnen; Russland wird versuchen, die ehemaligen Sowjetrepubliken in einen »Einheitlichen Wirtschaftsraum« und ein »Kollektives Verteidigungsbündnis« zu integrieren. Im Streit über »universelle Werte« fühlt sich Russland zunehmend aus dem europäischen Kulturraum nach Asien abgedrängt (Michail Deljagin). Doch tatsächlich streiten sich die EU und Russland auch schon – was viel gefährlicher ist – wieder über Einflussphären auf dem europäischen Kontinent. Probleme, die längst unter den Trümmern des Kalten Krieges begraben schienen, kommen plötzlich wieder ans Tageslicht.

Erinnerungen an vergangene Zeiten werden wach. Ist die Hinwendung zu Europa für Russland immer nur Mittel zum Zweck gewesen? Der spätere Kanzler Peter I., Ostermann, hatte einmal verkündet: »Wir brauchen

Europa auf einige Jahrzehnte, dann aber müssten wir ihm den Hintern kehren« (A. W. Just, »Russland in Europa«, Stuttgart 1949, S. 221). Dem widersprach Putin noch, als er beim letzten deutsch-russischen Gipfel in Moskau laut davon träumte, dass Russen und Deutsche einmal eine gemeinsame Hauptstadt – Brüssel – besitzen könnten. Für Putin könnte das Projekt EU-Ost auch die Vorstufe für eine gemeinsame Integration Russlands und der ehemaligen Sowjetrepubliken mit dem EU-Europa werden.

Eine der spannendsten Fragen des 21. Jahrhunderts lautet: Kann Russland tatsächlich wieder Großmacht werden, mit Ländern wie China, Indien, mit der EU um diese Rolle konkurrieren? Für die EU ist diese Frage nicht abwegig, sie wird sich überlegen müssen, wie sie das neue Potential Russlands zu ihren Gunsten nutzen kann. Die EU wird ihre Energiebezüge, ob sie will oder nicht, in den kommenden Jahren aus Russland verdoppeln müssen. Die Steigerung des Gefahrenpotenzials von Seiten des islamischen Extremismus für die gesamte westliche und eurasische Zivilisation wird eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland, so wie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 konzipiert, unabdingbar machen.

Die Frage, wie sich das Verhältnis eines künftigen EU-Europas zum riesigen Nicht-EU-Europa-Staat Russland entwickeln soll, muss zur Priorität einer außen- und sicherheitspolitischen strategischen Planung des neuen Auswärtigen Dienstes der EU werden. Wahrscheinlich ist die Frage einfach zu beantworten: eine demokratische Großmacht Russland, die ihr neu erworbenes Potenzial zur Verbesserung des Lebensstandards ihrer riesigen Bevölkerung nutzt, ist keine Gefahr für den Westen, sondern in der Tat ein Stabilitätsgarant. Gespannt beobachtet der Westen, wie Putin derzeit sein kommunal-soziales Reformprogramm durchführt. Ein undemokratisches Groß-Russland, das seinen angehäuften Reichtum in Rüstungsprogramme steckt und in dem eine übermächtige Staatsgewalt, wie im Falle »Jukos«, wieder die Keule schwingt, versetzt Europa in Angst und Schrecken.

Alexander Rahr

Vorbereitungen zum Petersburger Dialog

Die Zukunftswerkstatt der deutsch-russischen Beziehungen

Auf dem nächsten Petersburger Dialog in Hamburg wird eine neue »Zukunftswerkstatt« als gesonderte Arbeitsgruppe aus der Taufe gehoben. Sie soll neue Formen und Inhalte des zivilgesellschaftlichen Dialogs erproben.

Die Zwischenbilanz der deutsch-russischen Beziehungen unterhalb der Regierungsebene fällt ambivalent aus. Trotz vielfältiger Initiativen im Rahmen von Städtepartnerschaften, Jugendaustauschen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Kooperationen sowie des Flaggschiffes der deutsch-russischen Verständigung, des Petersburger Dialogs, haben die partnerschaftlichen Beziehungen weder die gewünschte Verbreiterung noch die qualitative Tiefe erreicht, die der Bedeutung Deutschlands und Russlands füreinander angemessen sind. Diese Tendenz wird durch ein stark abnehmendes Interesse der deutschen Elite an Russland, dessen westliche Grenze der Bundeshauptstadt Berlin immerhin näher liegt als die spanische, ersichtlich.

Der Petersburger Dialog ist zu einem bedeutenden Instrument für die Westöffnung Russlands geworden. Mit keinem Land unterhält Russland eine vergleichbare Struktur, die sich in dieser Regelmäßigkeit trifft. Doch der Dialog muss aufgefrischt werden, viele der »bewährten« Traditionsthemen in den deutsch-russischen Beziehungen sind verbraucht, führen weder zu mehr Verständnis füreinander, noch wecken sie das Interesse der breiten Öffentlichkeit. Der Dialog muss geöffnet und entkrampft werden.

In den 15 Jahren seit dem Fall der Mauer ist in Deutschland und Russland eine neue Generation junger Menschen herangewachsen, die ein weniger durch den Kalten Krieg belastetes Verhältnis zueinander hat als die ältere Generation. Es liegt auf der Hand, dass die nachwachsende Generation junger Deutscher und Russen für mehr Schwung, neue Inhalte und auch Vertrauen innerhalb des Dialogs sorgen, diesem einen stärkeren zivilgesellschaftlichen Charakter verleihen und schließlich auch mit Tabuthemen besser umgehen

kann als die Generation, die während des Kalten Krieges noch in den Schützengräben lag. Mit den generations-typischen Augen dieser »jungen Eliten« sollen in der »Zukunftswerkstatt« die gegenwärtigen Probleme und künftige Chancen im Verhältnis Deutschland – Russland diskutiert werden.

Unter dem Begriff »junge Eliten« sind Hochschulabsolventen, Doktoranden, Berufstätige zwischen 30-40 Jahren gemeint, die bereits bei praktischen Projekten oder bei Austauschprogrammen im Bereich deutsch-russische Beziehungen Erfahrung gesammelt haben. Sie sollen die »Breschen« für das zukünftige Verhältnis schlagen. In 10 bis 15 Jahren werden diese jungen Menschen die Entscheidungsträger sein und für das deutsch-russische Verhältnis verantwortlich werden.

Zwischen jungen Deutschen und Russen gibt es eklatante Unterschiede. In Deutschland sehnen sich die jungen Eliten weniger nach der Macht, viele junge Menschen sehen ihre Lebensaufgabe eher darin, an der zivilgesellschaftlichen Entwicklung ihres Landes teilzuhaben. In Russland gibt es noch keine ausgeprägte Bürgergesellschaft, für NGOs zu arbeiten verspricht noch keine Perspektive. Die jungen Russen sind zum Teil sehr etatistisch geprägt, sie sind von der Demokratie, wie sie sie erlebt haben, enttäuscht.

In Deutschland zeigt man sich entsetzt darüber, dass in Russland die Generation der 20-30jährigen, die eigentlich unter einem zuvor nie gekannten Ausmaß an politischer und persönlicher Freiheit aufwuchs, heute das Wort »Demokratie« fast wie ein Schimpfwort auffasst. Während einige Wenige die Aufbruchstimmung nutzten, die neue Freiheit genossen und ihr Leben zum Positiven veränderten, assoziierte eine Mehrheit der Russen die sich stetig verschlechternden Lebensumstände, von der Inflation aufgefrissene Pensionen, Gehälter und Ersparnisse mit dem Begriff Demokratie. So scheint es heute, dass junge Russen, im Gegensatz zur Generation der »Wende«, einen »Ordnungsstaat« wesentlich höher schätzen als

Pressefreiheit, Gewaltenteilung oder Unabhängigkeit der Gerichte.

Bei den deutschen Teilnehmern solcher Diskussionsforen herrscht dagegen Unverständnis vor gegenüber dieser vermeintlichen Rückwärtsgeradheit. Generell wird Russland aus westlicher Sicht Demokratieresistenz beziehungsweise ein starker und auch geschichtlich begründeter Hang zum Autoritarismus unterstellt, wobei die negativen Erfahrungen des russischen Volkes mit der westlichen Idealvorstellung von Demokratie außer Acht gelassen werden. Im Rausch der politischen Wende in Osteuropa und der damit verbundenen Demokratisierungseuphorie, vergaß der Westen allzu rasch, dass Vergangenheitsbewältigung und die Entwicklung eines Wertesystems ihre Zeit benötigen. Hier herrscht großer Gesprächsbedarf auf beiden Seiten.

Die deutsche Seite wird in der »Zukunftswerkstatt« versuchen, jungen Russen die Attraktion einer Gestaltung der Gesellschaft »von unten« vor Augen führen. Der Unterschied besteht heute darin, dass in Deutschland die Zukunft des Landes zu einem großen Teil über die zivilgesellschaftliche Schiene gestaltet wird, in Russland dagegen fast ausschließlich über den Staatsapparat. Die heutige Zivilgesellschaft in Russland ist unterentwickelt und braucht finanziellen Halt. Michail Chodorkowskij, der gegenwärtig im Gefängnis sitzende Oligarch, hat vor einem Jahr versucht, Programme für die Unterstützung der Zivilgesellschaft zu entwickeln. Andere Superreiche in Russland werden sich an der Finanzierung von gesellschaftlichen Projekten wie Bildung, Erziehung, Völkerverständigung, soziale Fürsorge beteiligen und den Weg deutscher Stifter, wie Kurt Körber, gehen.

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt sollen Russen nicht von Deutschen über die Zivilgesellschaft »belehrt«

Erstes Vorbereitungstreffen für die Zukunftswerkstatt



werden. Man wird über die unterschiedlichen Erfahrungen mit der Demokratie diskutieren, natürlich die deutsche Nachkriegserfahrung und die Vergangenheitsbewältigung nach 1945 mit den russischen Transformationen nach dem Zerfall der UdSSR vergleichen, aber dann den Blick in die Zukunft werfen. Ein großes Thema ist die Fortsetzung der Europäisierung Russlands. Wo kann Deutschland seine Rolle als Anwalt russischer Interessen in Europa stärker zur Geltung bringen? Ziel bleibt doch ein »Gemeinsames Europäisches Haus«, in dem Russland dieselben Gestaltungsmöglichkeiten erhält wie die Mitgliedstaaten des heutigen EU-Europas.

Auf der Arbeitsgruppensitzung in Hamburg sollen die positiven und negativen Aspekte der Beziehungen des wiedervereinigten Deutschland mit dem postkommunistischen Russland aufgezeigt werden. 2004 werden bekanntlich zwei große Jubiläen begangen: der 15. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und der 15. Jahrestag der ersten freien Parlamentswahlen in der russischen Geschichte unter Michail Gorbatschow. In den neunziger Jahren ging es in den deutsch-russischen Beziehungen um Schuldenabbau, Kreditierung der schwachen russischen Wirtschaft und um die politische Unterstützung der Reformen Jelzins. Heute haben sich die Prioritäten verändert, Russland benötigt keine Hilfe aus dem Westen mehr, Deutschland und Russland sind gleichberechtigter geworden, bauen an einer ebenbürtigen Partnerschaft in Fragen der Energieversorgung, inneren Sicherheit, bald vielleicht in Fragen der gemeinsamen Verteidigung. Das zentrale Anliegen ist es, entstandene Missverständnisse, die Gründe des nachlassenden Interesses an Russland in Deutschland und die Gründe für gewisse Enttäuschungen Russlands bezüglich des Westens zu thematisieren. Des Weiteren sollen die Zukunftsperspektiven der deutsch-russischen Beziehungen bis in das Jahr 2014 aufgezeigt werden.

Auf dem Petersburger Dialog sollen Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin ein Abkommen zur Schaffung einer deutsch-russischen Jugendstiftung besiegeln. In einer Abschlussitzung werden Jugendliche auch aus der Zukunftswerkstatt mit den Staatsoberhäuptern diskutieren. Die Zukunftswerkstatt wird hoffentlich den Dialog zwischen Deutschland und Russland zwischen den jährlich stattfindenden großen Petersburger Dialogen fördern.

Katja Dmitrieva, Henriette Spyra, Andreas Stahn